Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich außer Sonn- und Festtags.

Bezugspreis (einschl. der entsprechenden Bezirksbeilage: Auer Unterhaltungsblatt, Schneeberger Anzeiger, Schwarzenberger Anzeiger, Lößnitzer Stadtanzeiger) frei Haus einschl. Botenlohn und Transportkosten monatlich 1.80 RM., halbmonatlich 0.90 RM., durch die Post einschl. aller Beilagen monatlich 2.16 RM ausschl. Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg.

Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke usw. übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Stadträte in Aue, Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneeberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und des Stadtrates zu Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Hauptgeschäftsstelle: Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541. **Drahtanschrift:** Volksfreund Auesachsen.
Geschäftsstellen: Lößnitz (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen.

Der Preis für die 22 mm breite Millimeterzeile ist 4 ₰, für den 90 mm breiten Text-Millimeter 20 ₰, amtlich 12 ₰. Allgemeine Bedingungen laut Tarif 2 Nachlaßstaffel B

Bei Verfügung von hoher Hand keine Leistung aus laufenden Verträgen, bei Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes keine Ansprüche.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Nr. 285. **Freitag, den 7. Dezember 1934.** **Jahrg. 87.**

Amtliche Anzeigen.

Ueber den landwirtschaftlichen Betrieb des Bauern **Albin Paul Wintermann** in Dittersdorf bei Lößnitz, Nr. 20, Eigentümer des Erbhofgrundstücks Blatt 20 des Grundbuchs für Dittersdorf, wird heute, am 5. Dezember 1934, vormittags ½9 Uhr, das **Entschuldungsverfahren** nach dem Gesetzte zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni 1933 (RGBl. I S. 331) eröffnet.

Die Sächsische Landwirtschaftsbank A.-G. in Dresden-A., Prager Straße 27, wird zur Entschuldungsstelle ernannt.

Die Gläubiger werden unter Hinweis auf die Rechtsnachteile des § 11 Abs. 2 des Entschuldungsgesetzes aufgefordert, ihre Ansprüche möglichst in doppelter Form bis zum **8. Januar 1935** bei dem unterzeichneten Amtsgericht anzumelden und die in ihren Händen befindlichen Schuldurkunden einzureichen.

Die Unterlagen für die Eröffnung des Verfahrens können bei der Geschäftsstelle hier, Zimmer Nr. 46, eingesehen werden.

Amtsgericht Aue, am 5. Dezember 1934. L Entsch. 10

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden

Aue. **Einwohnermeldeamt.**

Wiederholte Fälle der verspäteten Meldung und der Unterlassung machen es nötig, darauf hinzuweisen, daß nach der Sächsischen Landesmeldeordnung vom 5. Juli 1930 jeder Wohnungswechsel im Stadtbezirke, jeder Zuzug von auswärts sowie jeder Wegzug aus der Stadt innerhalb einer Woche im Einwohnermeldeamte, Stadthaus, Zimmer 16, anzuzeigen ist.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150,— RM. oder mit Haft geahndet.

Aue (Sa.), 6. Dezember 1934.

Der Rat der Stadt — Einwohnermeldeamt.

Neuer französisch-russischer Vertrag.

Ein Ostpakt kann nur im beiderseitigen Einvernehmen abgeschlossen werden.

Genf, 6. Dez. Wie in Genf bekannt wird, ist zwischen dem französischen Außenminister Laval und dem russischen Volkskommissar Litwinow ein Vertrag geschlossen worden, worin Rußland und Frankreich sich verpflichten, keine Verhandlungen über zweiseitige Verträge zu führen, ohne sich vorher miteinander in Verbindung zu setzen und zu besprechen.

Hierzu teilt Havas u. a. mit:

Wie sich bestätigt, hat der französische Außenminister Herrn Litwinow die Zusicherung gegeben, daß während der ganzen Zeit, die für die **Ostpaktverhandlungen** notwendig sein wird, die französische Regierung keinerlei Abkommen ins Auge fassen wird, das den Zweck hat, politische Vereinbarungen zu treffen, die die Vorbereitung und die Verwirklichung des Ostpaktes gefährden könnten. Litwinow hat Laval ebenfalls die Versicherung gegeben, daß die sowjetrussische Regierung dieselbe Haltung einnehme und dieselbe Loyalität beweisen werde.

*

Die Hintergründe des neuen Vertrags.

Genf, 7. Dez. Ueber den neuen französisch-sowjetrussischen Vertrag erfährt man hier noch, daß die Verhandlungen darüber schon seit längerer Zeit geführt worden sind. Auf russischer Seite sei man in letzter Zeit über gewisse Vorgänge beunruhigt gewesen, die es zweifelhaft erscheinen ließen, ob Frankreich noch mit voller Stärke seine alte Ostpaktpolitik verfolge. Litwinow habe deshalb verlangt, daß diese Politik nochmals vertraglich festgelegt wird. Es soll sich dabei um ein Protokoll handeln, dessen Inhalt am Mittwochabend der englischen, italienischen, tschechoslowakischen, rumänischen und polnischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden sei. Der Vertrag selbst soll dann in der Nacht zum Donnerstag von Laval und Litwinow unterschrieben worden sein.

Es wird behauptet, daß sich der Vertragstext vor allem gegen zweiseitige Verträge wendet, die die Vorbereitung und Verwirklichung des Ostpaktes gefährden könnten, und daß durch diesen Vertrag der Viererpakt, den man eben aus seinem Grabe habe hervorholen wollen, von neuem getötet worden sei.

*

Paris, 6. Dez. Die Presse berichtet, daß **Laval** am Mittwoch eine Unterredung mit **Litwinow** hatte, die wahrscheinlich zu einer **noch engeren Gestaltung der bisherigen französisch-sowjetrussischen Beziehungen** geführt habe. Wenn auch in der Frage des **Ostpaktes** nichts unternommen werden könne, solange die Antworten Polens und Deutschlands nicht vorlägen, schreibt „Excelsior", so könne man doch mit Sicherheit behaupten, **daß die gegenseitigen Beziehungen immer enger würden.** „Petit Parisien" erklärt, Laval und Litwinow hätten die gegenseitige Verpflichtung übernommen, keine gesonderten diplomatischen Aktionen einzuleiten, solange die Verhandlungen über den Ostpakt nicht beendet seien. „Echo de Paris" glaubt, daß Frankreich und Sowjetrußland ihre Zusammenarbeit noch eingehender festlegen würden, falls der Ostpakt nicht zum Abschluß gelangen sollte.

* * *

Paris, 7. Dez. Laval wird bald nach seiner Rückkehr aus Genf eine Reise nach Rom antreten.

Warum Amerika am Weltkrieg teilnahm.

Erbauliches aus der Rüstungsindustrie.

Washington, 6. Dez. Im Untersuchungsausschuß für die Rüstungen erklärte Senator Clark, **daß die Vereinigten Staaten lediglich in den Weltkrieg hineingezogen worden seien, um die Gewinne der Rüstungsfabrikanten sicherzustellen.** Das Verhör enthüllte weiter, daß Dupont im Jahre 1929 Munition an Holland zur Umschiffung nach China verkauft hat. Ferner wurde mitgeteilt, daß die „Remington Arms Co." 1933 und 1934 20 Millionen Schuß Munition nach Bolivien und 100 000 nach Paraguay verkauft habe, während die „Winchester Arms" 2½ Millionen Schuß Munition nach Bolivien lieferte. Clark erklärte, daß Simon und Chamberlain, die kürzlich das Verhör vor dem Washingtoner Untersuchungsausschuß kritisiert hätten, selbst Großaktionäre der mit Dupont zusammenarbeitenden „Imperial Chemial Industries" seien.

Gegen den Geist der Verständigung.

Entlassungen deutscher Eisenbahner durch die Polen in Danzig.

Danzig, 6. Dez. Die polnische Staatsbahndirektion hat 170 deutsche Eisenbahnarbeiter und Handwerker entlassen und weitere Entlassungen angekündigt. Dieses Vorgehen hat lebhaftes Befremden hervorgerufen. Der offiziöse „Danziger Vorposten" erklärt offen, daß er in dieser Handlungsweise einen Verstoß gegen den Geist der Verständigung erblicke. Danzig könne nicht zu allem schweigen. Der polnischen Behauptung, es handele sich bei den Entlassenen um Saisonkräfte, stehe die Tatsache gegenüber, daß sich unter den Betroffenen eine große Anzahl von Eisenbahnern befinden, die auf eine jahrzehntelange Dienstzeit zurückblicken.

Neuer Emigrantenschwindel.

Berlin, 7. Dez. In Auslandszeitungen wird ein angebliches Testament des erschossenen Gruppenführers Ernst zur Entstehung des Reichstagsbrandes veröffentlicht. Es handelt sich bei diesem angeblichen Dokument um einen ausgemachten Schwindel, wie er uns aus der Emigrantenpresse sattsam bekannt ist. Es bleibt nur zu bedauern, daß auch ernsthafte ausländische Zeitungen das Machwerk ihren Lesern ohne jeden Vorbehalt vorsetzen, obwohl sie eigentlich wissen müßten, daß ähnliche „Dokumente" schon oft in der Emigrantenpresse veröffentlicht worden sind, von denen sich dann herausgestellt hat, daß sie erfunden waren. Auch in diesem Fall handelt es sich um eine Fälschung gröbster Art, die sich in den Augen unbefangener Leser von selbst richtet.

Berlin, 7. Dez. Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes teilt mit, daß vor dem 1. April 1935 Neueinstellungen in den Arbeitsdienst nicht möglich sind, da alle Stellen besetzt sind.

Die unnötige Saarpolizei.

Deutschland erklärt sich um des Friedens willen einverstanden.

Die deutsche Antwort an Baron Aloisi.

Genf, 6. Dez. Der **deutsche Konsul** hat heute nachmittag dem Vorsitzenden des Saarausschusses, Baron **Aloisi**, im Auftrage der Reichsregierung die **Antwort Deutschlands** übergeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Ich beehre mich, den Empfang Ihres Telegramms vom 5. Dezember über die Sitzung des Völkerbundsrates vom gleichen Tage zu bestätigen und Ihnen darauf namens der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung hat von den Erklärungen Kenntnis genommen, die im Völkerbundsrat zur Frage der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Saargebiet während der Abstimmungsperiode abgegeben worden sind. Sie ist ihrerseits zwar der Ansicht, daß die Verhältnisse im Saargebiet eine Heranziehung auswärtiger Kräfte für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht notwendig einverstanden erklären, daß, sofern der Rat dies beschließt, einverstanden erklären, daß, sofern der Rat dies beschließt, neutrale internationale Kontingente in angemessener Stärke zu dem erwähnten Zweck ins Saargebiet entsandt werden.

gez. Freiherr v. Neurath, Reichsminister des Auswärtigen."

*

Dazu schreibt die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz" u. a.:

Vom deutschen Standpunkt aus ist zwar nach wie vor nicht einzusehen, daß eine solche Maßnahme überhaupt notwendig ist. Schon in früherer Zeit wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die vorbildliche Disziplin der deutschen Bevölkerung an der Saar ausreichende **Garantien für einen normalen und ruhigen Verlauf der Abstimmung** bietet, deren reibungslose Abwicklung schon in ihrem eigensten Interesse liegt. Die Tatsachen haben dieser Auffassung auch stets Recht gegeben. Zu ernsthaften Zwischenfällen ist es im ganzen Saargebiet nirgends gekommen. Diese Feststellung verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als **die politischen Spannungen durch das unverantwortliche Treiben und die gewissenlose Hetze deutschfeindlicher Kreise künstlich gesteigert wurden.** Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß die Personalpolitik von Knox nicht unerheblich zu der allgemeinen Verbitterung unter der Bevölkerung beigetragen hat. **Die Betrauung antideutscher Elemente mit einflußreichen Verwaltungs- und Polizeiposten im Saargebiet war geeignet, dazu angetan, die Atmosphäre zu vergiften.** Trotz alledem hat, wie gesagt, die Gesamtlage an der Saar in keinem Augenblick zu ernsten Besorgnissen Anlaß gegeben.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen und sicherlich stichhaltigen Erwägungen aber ist die Erklärung Lavals ein erneuter Beweis dafür, daß er auch weiterhin streng auf dem Boden der Gerechtigkeit und Billigkeit verbleiben will, was als **ein glückliches Zeichen** angesehen werden darf. Wenn England dem Vorschlag in seiner Form zustimmt und sich sofort bereit erklärt hat, sich an der Durchführung des Planes mitzuwirken, so gibt es damit indirekt zu verstehen, daß sich London letzten Endes doch zum **Geiste von Locarno** bekennt, den man in letzter Zeit gerade bei den verschiedensten Manifestationen leider vermissen mußte.

Im Verlaufe der Genfer Debatte am Donnerstag hat der französische Außenminister dann noch einmal seine unlängst vor der Kammer gemachten Ausführungen hinsichtlich der **Haltung Frankreichs im Falle einer Abstimmung im Sinne des Status quo** wiederholt. Diesen Ausführungen kommt — darüber ist man sich ja wohl nirgends mehr im unklaren — nur noch theoretische Bedeutung zu, weshalb es sich erübrigt, bekannte sachliche Einwendungen zu wiederholen.

Das Bild der beiden Tage kann abschließend dahin beurteilt werden, daß Laval die deutsch-französische Verständigung in Rom folgerichtig weitergeführt und die delikate Frage der Polizeitruppen in einem Sinne zu lösen verstanden hat, der es der Reichsregierung ermöglichte, ihre früheren Einwendungen und Besorgnisse fallen zu lassen.

Nach zuverlässigen Nachrichten haben **Sowjetrußland und die Tschechoslowakei** dem Völkerbundsrat mitgeteilt, daß sie **auf die Entsendung etwaiger Kontingente aus ihren Ländern an die Saar verzichten.** Der englische General **Temperley**, der militärische Sachverständige Englands in Abrüstungsfragen, ist von London nach Genf abgereist, um sich mit der Regierungskommission des Saargebietes über die Bedingungen für die Entsendung und den Aufenthalt der internationalen Truppenabteilungen zu besprechen.

*

Paris, 7. Dez. Die Stellungnahme der deutschen Regierung in der Frage der Entsendung internationaler Polizeistreitkräfte ins Saargebiet wird in der Presse im allgemeinen anerkannt und als ein großer Schritt auf dem Wege der deutsch-französischen Annäherung aufgefaßt.

London, 7. Dez. „Times" stellt fest, daß das englische Volk dem Beschluß der Regierung, am Polizeidienst an der Saar teilzunehmen, durchaus zustimme. Die Anhänger einer Isolierungspolitik ständen jetzt selbst isoliert da.

* * *

Die voraussichtliche Zusammensetzung der Polizeitruppe.

Genf, 6. Dez. Ueber die Zusammensetzung der internationalen Truppenabteilungen für die Saar verlautet aus englischer Quelle, daß es sich voraussichtlich um **Abteilungen in der Gesamtstärke von 2—3000 Mann** handeln werde. Man nimmt an, daß der Rat am Schluß seiner jetzigen Tagung den Beschluß über die Zusammensetzung und Stärke dieser Truppen fassen wird. **Englische und italienische Truppen würden sich zweifellos an der Aufstellung beteiligen. Mit Schweden und Holland verhandelt man noch,** ohne aber schon eine bestimmte Antwort zu haben. Die englische Truppenabteilung könnte etwa 5 Tage nach dem Beschluß des Völkerbundsrates im Saargebiet eintreffen. Die Uebergangszeit im Saargebiet werde spätestens im April nächsten Jahres ihr Ende finden, weil dann das neue Regime in Kraft trete. Wie man hört, sind von italienischer Seite **Bersaglieri für das Saargebiet in Aussicht genommen.**

SLUB
Wir führen Wissen.